

Chaostage in Amerika

US-Präsidentschaftswahl: Das knappe Ergebnis hinterläßt ein immer tiefer gespaltenes Land

Thorsten Brückner

Während der Kampf um das Weiße Haus noch nicht endgültig entschieden ist, steht ein Verlierer bereits fest: die Demoskopen. Bei vielen von ihnen handelt es sich um Wiederholungstäter. Wie schon 2016 sagten sie mehrheitlich einen deutlichen Sieg für den Kandidaten der Demokraten, Joe Biden, voraus. Manche Analysten sprachen sogar von einem Erdrutschsieg in der Dimension des Reagan-Erfolgs über Jimmy Carter 1980. Nichts davon ist eingetreten. Der wiedergewählte republikanische Senator aus South Carolina, Lindsey Graham, brachte es in seiner Siegesrede auf den Punkt: „An all die Meinungsforscher da draußen, ihr wißt nicht, was ihr tut!“ Der „schüchterne Trump-Wähler“, der seine Wahlentscheidung aus Sorge vor Stigmatisierung nicht an die große Glocke hängt, hat wieder zugeschlagen. In Wisconsin, ein Staat, in dem das Rennen so knapp ist, daß in der Wahlnacht noch kein Sieger ermittelt werden konnte, sah eine ABC/Washington Post-Umfrage Biden kurz vor der Wahl mit 17 Prozentpunkten vorne. Man möchte den dafür verantwortlichen Demoskopen raten, sich einem anderen Broterwerb zu widmen.

Das Land ist gespalten. Die Angst, die USA könnten unter Biden und seiner Vizepräsidentenskandidatin Kamala Harris zu einem sozialistischen Land werden, war für viele Amerikaner Motivation genug, sich ins Wahllokal zu schleppen und ihre Stimme Donald Trump zu geben. Der ursprünglich als moderat geltende frühere Vizepräsident tat wenig, um diesen Sorgen entgegenzuwirken. Seine Forderung nach einem Ende der Öl- und Gasindustrie im letzten Fernsehduell vor der Wahl kam nicht gut an. Sie war als Beschwichtigung des linken Parteiflügels um Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez gedacht, die dem Land einen „Green New Deal“ verordnen wollen. Sollte Biden am Ende als Sieger hervorgehen, wird er nicht undankbar darüber sein, daß die Republikaner im Senat wohl weiterhin eine knappe Mehrheit stellen werden. Deren Blockade dort wird ihm eine willkommene Ausrede gegenüber dem linken Parteiflügel bieten, warum er manche ideologischen Phantastereien nicht aufgreifen kann. Dazu gehört auch die politisch motivierte Aufstockung der Zahl der Richter am Obersten Gerichtshof, die zumindest für die nächsten zwei Jahre vom Tisch ist.

Schon jetzt zeichnet sich ab, daß über den Wahlausgang in einigen Staaten, darunter vor allem Pennsylvania, Gerichte zumindest mitentscheiden werden. Beide Seiten wittern Wahlbetrug. Beide fühlen sich als Sieger. Umstritten war nicht zuletzt die Auszählung von Briefwahlstimmen, die erst nach dem Wahltag eingehen. Als „schlimmsten Alptraum“ für die neun Richter am Obersten Gerichtshof bezeichnete Chris Wallace, der das erste TV-Duell moderiert hatte, den Zwischenstand. Wie schon

2000, als die obersten Richter über die Fortführung der Auszählung in Florida entscheiden mußten, könnten sie auch diesmal in Pennsylvania oder Michigan das Zünglein an der Waage spielen. Spätestens jetzt wird nachvollziehbar, warum die Republikaner im Eiltempo die Ernennung von Amy Coney Barrett zur Supreme-Court-Richterin vorangetrieben haben. Auch im Jahr 2000 erging die Entscheidung über den Wahlausgang denkbar knapp mit 5:4 Richterstimmen.

Trumps überzeugendes Finish, das ihn letzten Endes über die Ziellinie hieven könnte, kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß er sich seine Ausgangsposition, die Anfang des Jahres dank einer boomenden Wirtschaft exzellent war, durch ein katastrophales Management der Corona-Krise seit März selbst verschlechtert hat. Obwohl sich Trump zuletzt als Anti-Lockdown-Kandidat inszenierte und europäische Regierungschefs scharf für ihre erneute Shutdown-Politik kritisierte, verteidigte der Präsident noch am Wahltag seine restriktive Herangehensweise aus dem Frühjahr, die ihm zufolge zwei Millionen Amerikanern das Leben gerettet habe.

Dennoch war die Wahl für viele Konservative zweifelsohne eine Entscheidung zwischen „Lockdown oder Liberty“, wie Fox-News-Moderatorin Laura Ingraham resümierte. Dies auch, weil die meisten Kritiker der Lockdown-Politik, die auf eine schnelle Öffnung und damit verbundene Erholung der Wirtschaft mitsamt Rückkehr von Arbeitsplätzen hoffen, mehrheitlich die demokratischen Gouverneure in den Bundesstaaten für die Beschränkung ihrer Freiheitsrechte verantwortlich machen. So gespalten wie Amerika in die Wahl ging, so gespalten wird es auch in den nächsten vier Jahren bleiben – ganz egal, wer am Ende gewinnt. Zahlreiche Staaten bereiten sich für den Fall eines Trump-Sieges bereits auf Ausschreitungen frustrierter Antifa- und Black-Lives-Matter-Fanatiker vor. Diese könnten noch durch die Tatsache geschürt werden, daß Biden wie schon Clinton 2016 erneut das „Popular Vote“ für sich entscheiden konnte. Von den vergangenen sechs Präsidentschaftswahlen konnte der Kandidat der Demokraten somit fünf Mal die Mehrheit aller Stimmen auf sich vereinigen.

Unabhängig vom Ausgang machte die Abstimmung Entwicklungen deutlich, die den Republikanern perspektivisch Sorgen machen müssen. Durch demographische Veränderungen schwindet ihre Mehrheit in ihrer Hochburg Texas zusehends. Auch die Niederlage in Arizona – ein Staat, der seit 1948 bei Präsidentschaftswahlen für den republikanischen Kandidaten gestimmt hat – muß schmerzen. Andere Staaten, in denen die Republikaner noch bis vor wenigen Jahren kompetitiv waren wie Colorado oder Virginia, sind jetzt deutlich in Demokraten-Hand. Auf der Habenseite steht dagegen ein struktureller Vorteil im wichtigen Swing State Florida. Inwieweit ein anderer Kandidat als Trump 2024 die Industriestaaten im Nordosten erneut zum politischen Schlachtfeld machen kann, wird eine der spannenden Fragen der nächsten Jahre sein, die über die Zukunft Amerikas über die kommende Präsidentschaft hinaus entscheiden werden.

Wild um sich geballert

„Lockdown light“: Es trifft erneut die ökonomisch hilflosesten Sektoren
Rainer Osbild

Die Bundesregierung hat im Einvernehmen mit den Ministerpräsidenten der Länder eine Art Mini-Lockdown angeordnet, der die Reduzierung der zwischenmenschlichen Kontakte zum Ziel hat. Das soll dazu beitragen, das Infektionsgeschehen zu bremsen und eine drohende Überlastung der Intensivmedizin zu vermeiden. Hauptbetroffene sind das Hotel- und Gaststättengewerbe, Sport- und Kultureinrichtungen, kommerzielle Freizeitaktivitäten nebst Einschränkungen im privaten Raum.

Es sei keineswegs klar, ob diese Orte maßgeblich zum Infektionsgeschehen beigetragen haben, so das Eingeständnis von Bundeskanzlerin Merkel. Bei 75 Prozent der Infizierten wisse man nicht um die Infektionsquelle. Es ist, als würde die Exekutive mit einer Schrotflinte um sich ballern. Aber treffen sie wenigstens zum Teil die richtigen?

Nein, denn gerade Gastronomie und Hotelgewerbe, aber auch Fitneßstudios, Schwimmbäder, Saunen und viele andere haben sich in den vergangenen Monaten durch ausgefeilte Hygienekonzepte hervorgetan. Es wurde investiert in Desinfektion und Absperrungen; es wurden Obergrenzen für Gäste zwecks Sicherung der Abstandsregeln erlassen. Das alles kostete viel Geld – und ist nun doch nutzlos.

Denn was signalisiert der „leichte“ Lockdown dem Mittelstand? Die Investitionen, die der Staat mit moralischem Impetus angemahnt und durch Zuschüsse mitfinanziert hat, werden mit einem einzigen Federstrich vernichtet. Ein Monat ohne Einnahmen, zumal im Vorweihnachtsgeschäft, dürfte für viele Unternehmen das Aus bedeuten. Selbst wenn das staatliche Füllhorn über die besagten Branchen ausgeschüttet wird, wird das deren Leid nur vorübergehend mildern. Zugleich ist die zügellose Zuschuß- und Schuldenpolitik ein Brandbeschleuniger für die rasante Zerrüttung unseres Geld- und Finanzwesens.

Indes wäre es fatal anzunehmen, es fehle der Kanzlerin eine klare Strategie. Diese gibt es. Sie heißt Opportunismus. Seit einem Jahrzehnt schießt die Kanzlerin beständig auf das politisch opportune, medial darstellbare und umfragemaximierende Verhalten. So war es 2011 mit dem übereilten und kostspieligen Atomausstieg, als nach Fukushima der Anti-Atom-Reflex breiter Wählerschichten bedient wurde; so war es 2015 mit der Grenzöffnung; so war es 2019, als der deutschen Automobilindustrie im Schatten einer übermächtigen „Fridays for Future“-Bewegung fast der Garaus gemacht worden wäre.

Dieser Lockdown trifft erneut die ökonomisch hilflosesten Sektoren. Es handelt sich zumeist um Selbstständige und Familienbetriebe, die ihr ganzes Herzblut, ihre Ersparnisse und ihre Zukunft in das Unternehmen gesteckt haben. Allein im Gastgewerbe sprechen wir von rund 224.000 Betrieben, die jedoch mehr oder weniger

am Rockzipfel des Staates hängen, abhängig von seinen Geldern und Zusagen. Die 2,4 Millionen Beschäftigten – „nur“ etwa fünf Prozent der Erwerbstätigen – sind heterogen und gewerkschaftlich kaum organisiert. Wer wird da schon auf die Straße gehen?

Die Verflechtungen mit anderen Branchen dürften so moderat sein, daß weitere Blessuren in Form eines sinkenden Bruttoinlandsprodukts überschaubar bleiben. Das ist anders als etwa bei der Automobilbranche, die starke Verbindungen zur Wertschöpfung anderer Branchen aufweist. Umgekehrt gibt es aber auch Branchen, welche praktisch unantastbar sind. Die Sozial- und Asylindustrie gehört dazu. So heißt es auf den Seiten des Bundesinnenministeriums, eine Ausnahme des Einreiseverbots für enge Verwandte von Drittstaatsangehörigen gelte nur bei Vorliegen eines zwingenden familiären Grundes, unter anderem: Geburten, Hochzeiten und Todesfälle. Galten aber nicht die (Groß-)Hochzeiten als Infektionsherde par excellence? Doch. Aber wenigstens in der veröffentlichten Meinung populäre Projekte wie die Zuwanderung werden auch in Covid-Zeiten nicht angetastet.

Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Ausgaben für Migranten – allein im Bundeshaushalt sind in diesem Jahr knapp 23 Milliarden Euro veranschlagt – fließt an soziale und integrative Einrichtungen, auch an Diakonie und Caritas. Im Tausch gegen den covid-resistenten Einnahmestrom erteilen die großen Kirchen dem Staat die christliche Absolution – Ablaßhandel 2.0.

Fassen wir zusammen: Die Ökonomie des „Lockdown light“ folgt der Logik des Opportunismus. Die Kultur- und Freizeitbranche ist quantitativ weniger bedeutsam als etwa Automobil und Einzelhandel und daher ein willkommenes Opfer der Strategie der Kontaktreduzierung. Bedingt durch den hohen Anteil kleiner Selbständiger fehlt die Organisationskraft und auch die innere Widerstandskraft, um gegen die Regierung vorzugehen. Die zu erwartenden richterlichen Aufhebungen einzelner Regeln werden zu spät kommen, um das November-Desaster abzuwenden. Mehr Arbeitnehmer und auch mehr Wähler wären von der Schließung ihrer Firmen oder der Schulen ihrer Kinder betroffen gewesen, so daß sich die Zahl der verärgerten Wähler in Grenzen halten dürfte.

Ein Nachwort zum Thema Auto. Da hat die Kanzlerin doch tatsächlich dazugelernt, denn immerhin werden dieses Mal die Autohäuser nicht dichtgemacht. Wie sie auf der Bundespressekonferenz eingestand, hatte sie völlig übersehen, daß zwangsgeschlossene Autohäuser keine Autos verkaufen und in der Folge die Produktion runtergefahren wird. Ihr Verlust an Bodenhaftung macht einem schon Angst.

Prof. Dr. Rainer Osbild ist Ökonom und Ordinarius an der Hochschule Emden/Leer.

„Eigentlich müßte das Volk aufschreien“

Ob Corona, Meinungsfreiheit, Kirche oder Islamismus – kein Thema, das der ehemalige ZDF-Journalist und Bestsellerautor Peter Hahne in seinen Büchern nicht kritisch aufs Korn nimmt

Moritz Schwarz

Herr Hahne, Sie ...

Peter Hahne: Wir sollten auf jeden Fall über die unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen der Regierung sprechen!

... äh ja ...

Hahne: Entschuldigung, daß ich so reinplatze. Natürlich stellen Sie die Fragen ...

Das Thema erregt Sie sichtlich.

Hahne: Vielleicht liegt es auch daran, daß ich heute morgen noch keinen Kaffee hatte. Vorhin ist nämlich meine Maschine kaputtgegangen – nach 37 Jahren! Krups! So eine bekommt man gar nicht mehr, heute sind die nach zehn, zwölf Jahren hin. Aber im Ernst: Mir macht das wirklich Sorgen! Ich meine nicht persönlich, da geht's mir gut. Und die Leute haben nun noch mehr Zeit, meine Bücher zu lesen. Aber ich versetze mich in die Lage jener, die seit Montag unter den neuen Maßnahmen der Regierung leiden! Ich frage mich: Denkt die Kanzlerin eigentlich an all diese Menschen?

Wen meinen Sie?

Hahne: Na, all die Alten, Einsamen, Kranken, an die, die ihren Job oder ihr Geschäft verlieren. An jene, die in Schulden geraten oder ihre Miete nicht mehr stemmen können. An Verzweiflung und Albträume, die sie diesen Menschen bereitet. An die Ängste, seine Kinder, seine Familie nicht mehr versorgen zu können. An die steigende Selbstmordzahl. An die, die sich nicht mehr zum Arzt trauen und wegen verschleppter Behandlung unter bleibenden Schäden leiden oder gar sterben werden.

Sie wollen sagen, so wie Donald Trump mahnte, die Behandlung dürfe nicht schlimmere Folgen haben als die Krankheit?

Hahne: Genau. Allerdings braucht es dafür keinen Trump, davor habe ich schon im März eindringlich gewarnt: Meine Generation kann und muß sich selber schützen, ohne daß der Staat zum Stillstand kommt. Das Löschen darf nicht teurer sein als der Brand.

Eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Warum aber ist das dann so?

Hahne: Weil Politik und Journalismus nicht mehr im realen Leben stattfinden: Da sitzt kaum noch einer mit normalen Leuten in Bus oder ECKKneipe. In meinem Buch „Schluß

mit euren ewigen Mogelpackungen“ habe ich mal, sogar namentlich, aufgelistet, wohin Spitzenpolitiker ihre Kinder zur Schule schicken – das sagt wirklich alles! Auf Edelinternaten und Privatschulen lernt man die Lebensrealität der Bürger nicht kennen. Und da wären wir wieder bei Peter Hahnes altem Motto: Biographie ist alles!

Was bedeutet?

Hahne: Die Biographie prägt den Menschen – sie bestimmt ihn! Wer etwa in seinem Leben Ausländer nur als Edeltaliener oder fleißige türkische Putzhilfe wahrnimmt, dem erscheinen Bürger, die sich über Probleme mit einer ganz anderen Art von Einwanderern beschweren, als „Rassisten“. Oder erinnern Sie sich an Friedrich Merz' Bemerkung, er habe überhaupt kein Problem mit Homosexualität, solange da nichts mit Kindern sei. So denkt eben ein katholischer Familienvater – und Jurist – im Sauerland. Doch er geriet in den Shitstorm der Großstadt-CDU: das würde den Koalitionchancen mit den Grünen schaden. Biographie gegen Ideologie, irre!

Sie meinen, nicht seine Äußerung war der Skandal, sondern daß abgehobene Politiker und Medien einen daraus gemacht haben?

Hahne: Um die Entwicklung auf den Punkt zu bringen: Was vor zehn Jahren normal war, wurde durch Sprachpolizei und „Haltungsjournalismus“ erst als „konservativ“ umetikettiert, dann als „rechts“, und heute ist es „Nazi“. Und mit dieser Keule wird alles erschlagen. Übrigens ist das auch eine Verniedlichung, ja Verhöhnung des Holocausts! Denn wenn man immer mehr Formen der Kritik den „Nazi“-Stempel aufdrückt, ist das der Tod – erstens der Meinungsfreiheit und zweitens der Kritik.

Wie aktuell etwa im Fall Monika Maron?

Hahne: Eben, eigentlich müßte da doch von Links bis Rechts ein Aufschrei durchs Land gehen! Und dann diese Heuchelei ihres Verlags S. Fischer, der zu Holtzbrinck gehört. Also zu einem Unternehmen, dessen Gründer „eher NS-Vorläufer als -Mitläufer war“, worauf dankenswerterweise Michael Wolffsohn hingewiesen hat. Denn Georg von Holtzbrinck trat schon 1931 dem NS-Studentenbund bei, obwohl der damals noch verboten und an der Kölner Uni unterdurchschnittlich vertreten war. Sein späterer Verlag profitierte „gewaltig“, so Wolffsohn, von Großaufträgen der NS-Machthaber. Und Fischer, ab 1963 allmählich von Holtzbrinck übernommen, sieht nun ausgerechnet durch Frau Maron, deren jüdischer Großvater mutmaßlich 1942 im KZ Kulmhof ermordet worden ist, die Werte beschmutzt, für die man als Verlag stehe. Was für eine Verlogenheit!

Der neue Lockdown soll vorerst vier Wochen dauern. Glauben Sie das?

Hahne: Nein – aber vor allem frage ich mich: Wo ist eigentlich unser Parlament? FDP-Vizechef Wolfgang Kubicki hat ihn zu Recht Frau Merkels „privaten Lockdown“ genannt – die ihn selbstherrlich verkündete, ohne daß unsere Vertreter im Bundestag vorher gehört wurden. Das wird nur noch durch ihren unverfrorenen Einkaufsbummel

getoppt: Sie nahm diese dramatische Videobotschaft auf, in der sie forderte, alle sollten möglichst zu Hause bleiben – und war nur Stunden später im Luxuskaufhaus KaDeWe auf Shoppingtour zu sehen! Das ist wirklich Politikerparallelgesellschaft im Endstadium, völlig instinktlos, abgehoben, fern vom Volk! Nicht anders als die Präsentation des unfäßbare 600 Millionen Euro teuren Kanzleramtsanbaus, mit Wintergärten etc., während Tausende Menschen gerade um ihren Job, ihre Wohnung, ihr Unternehmen bangen!

Halten Sie das Virus denn für ungefährlich?

Hahne: Nein, doch muß alleine die „Informations“-Politik der Regierung jeden denkenden Menschen zweifeln lassen. Warum sorgt diese nicht dafür, daß endlich alle Zahlen erhoben werden und legt sie auf den Tisch, damit darüber öffentlich debattiert werden kann? Es gibt Journalisten, die wirklich mal nachgefragt, aber keinerlei vernünftige Antwort bekommen haben. Solange die Regierung das nicht tut, braucht sie sich über immer mehr „Corona-Leugner“ nicht zu wundern – jetzt sogar die linke Kunst- und Eventszene! Ebensowenig brauchen sich die Medien über Vertrauensverlust zu wundern, in denen es immer wieder – für mich der Gipfel der Demagogie – zur Vermischung von infiziert und todkrank kommt. Allerdings, was erwartet man, schließlich haben die auch von einem „Sturm auf den Reichstag“ berichtet, der keiner war – und von Reichskriegsflaggen, die gar nicht gezeigt wurden. Und der Bundespräsident zeichnet Polizisten für die Abwehr dieses „Sturms“ aus! All das in einem Filmdrehbuch – man hätte Sie als Spinner ausgelacht. Dagegen ist Trump doch das reinste Wahrheitsministerium.

In Ihrem neuen Bestseller-Bändchen „Seid ihr noch ganz bei Trost! Schluß mit Sprachpolizei und Bürokraten-Terror“ führen Sie all das allerdings nicht nur auf Abgehobenheit, sondern auch auf eine Unterwanderung der Gesellschaft durch Ideologie zurück.

Hahne: Ja, wobei ich klarstelle, daß ich kein Verschwörungstheoretiker bin – es gibt keine Gruppe strippenziehender Dunkelmänner. Diese Ideologisierung vollzieht sich vielmehr, was viel schlimmer ist, durch soziale Prozesse und durch Prägung – Biographie ist alles! Etwa durch die unbewußte „Schere im Kopf“, die den Leuten anezogen wird. Vor allem durch die Vorstellung, sie seien Teil eines Weltgewissens und müßten sich so verhalten, daß sie ihrer „Verantwortung“ gerecht werden. Was dazu führt, daß echte Kritik an den Verhältnissen als illegitim betrachtet wird, denn sie kollidiert ja mit dieser „Verantwortung“. Folglich werden immer mehr Mißstände verschwiegen – denn sie zu benennen schadet ja dem höheren Ziel und widerspricht damit der „Verantwortung“. So wird manipuliert, durch Ideen, nicht durch Geheimbünde. Und das nennt man dann auch noch „Haltung“ – irre! Ist dieser Journalismus an Wahrheit interessiert oder an dem Wohlgefallen der Herrschenden?

Woher kommt das?

Hahne: Das ist das Erbe der Achtundsechziger, die ich während meines Studiums in Heidelberg hautnah miterlebt habe. Etwa als ich während der „Stoppt-Strauß“-Zeit der einzige Student im Hörsaal mit einer Pro-Franz-Josef-Strauß-Plakette war. Bis der Professor, ein bedeutender deutscher Kirchengeschichtler, mich bat, nicht mehr zu kommen, ich verursachte doch nur Unruhe. Da war mir klar, was für erbärmliche rückgratlose Wichte sich mit akademischen Titeln schmücken – und das können Sie auch auf Bischöfe beziehen.

Besondere Pein bereitet Ihnen die Unterwanderung der Kirchen durch diese Ideologie. Vor Jahren hätte ich Sie gefragt, was dagegen getan werden kann. Aber inzwischen erscheint die Frage lächerlich, denn mal ehrlich, da ist doch nichts mehr zu retten?

Hahne: Ein Christ verliert nie die Hoffnung. Eine Erweckung ist immer möglich. Notfalls spricht Gott durch Geldentzug, so sagt es selbst Papst Benedikt.

Wie das?

Hahne: Na, solange man in Geld schwimmt, ändert sich nichts. Ich verhehle aber nicht, daß es im Moment in der Tat trostlos aussieht. Daß heute schon explizit Linke, wie Heribert Prantl in der Süddeutschen, fragen: Wo bleiben in der Corona-Krise die Kirchen? Das ist bezeichnend. Die aber unterstützen lieber das Schlepperunwesen im Mittelmeer, die EKD verteilt Gendersprechfibel, und die Katholische Kirche begibt sich auf einen „Synodalen Weg“ – der sie in den Protestantismus führt. Was zweifellos der Gipfel der Dummheit ist, weil sie sich damit etwas als Ziel setzt, das selbst im Begriff ist, unterzugehen. Also ja, es ist trostlos, aber nicht hoffnungslos.

Nettes Wortspiel, klingt aber hohl.

Hahne: Nein, das empfinden Sie vielleicht so. Aber so denkt ein Christ. Er glaubt und vertraut Jesus Christus, ihn verläßt die Hoffnung nicht. Überzeugende Reformvorschläge gibt es ja. Etwa die, die jetzt mein alter Studienfreund Helmut Matthies, Träger Ihres Gerhard-Löwenthal-Preises, in seinem großartigen Buch „Gott kann auch anders“ vorstellt. Nur müssen sie auch angenommen werden. Wenn die Kirche das nicht tut, ist das ihr, aber nicht des Glaubens Ende. Denn in der Bibel ist mit keinem Wort von Kirche die Rede, sondern von Gemeinde. Ich sage, wir brauchen im Sinne Luthers eine Radikalisierung: Radix, lateinisch, „die Wurzel“ – also eine Radikalisierung zurück zum Markenkern. Weg von der Politisierung, zurück zum Evangelium! Für alles andere gibt es Parteien, Gewerkschaften, Greenpeace. Aber eine Antwort darauf, wie man glücklich leben, selig sterben oder bei Schicksalsschlägen wie Krebs nicht verzweifelt – das haben nur Christen. Und diese Botschaft ist für unsere Gesellschaft so wichtig, daß es Betrug an ihr wäre, diese nicht mehr zu verkünden. Denn, und das ist von Ex-SPD-Chef Hans-Jochen Vogel: „Das wichtigste Datum ist das Jüngste Gericht, unsere Letztverantwortung vor Gott.“

Sie sagen aber auch, es stehe „eine Zeit des Leidens“ bevor.

Hahne: Ja, es begann mit dem Zuzug des Islams, der mit dem Christentum „inkompatibel“ ist, wie Helmut Schmidt höchstselbst einmal bei „Maischberger“ gesagt hat. Die Kirchen aber loben ihn unbeirrt als große Friedensreligion. Ehrenmord, Kinderehe, Frauenbild, Tötungsbefehl für Homosexuelle, davon hören Sie bei unseren Kirchen nichts. Gestern erzählt mir ein Lehrer von einer Schülerin der 9. Klasse, die sagte: „Ich hoffe, der Präsident Frankreichs stirbt. Das ist ein Hurensohn.“ Oder nehmen Sie die Angehörigen des Terroropfers in Dresden, die noch nicht einmal vom Oberbürgermeister einen feuchten Händedruck bekommen. Während in Frankreich Staatspräsident Macron dem enthaupteten Lehrer Samuel Paty die höchsten Ehren der Republik zuteil werden läßt. Ich glaube, treffender als mit dieser Gegenüberstellung ist der Niedergang Deutschlands nicht zu beschreiben. Eigentlich müßte das Volk aufschreien, so weh tut das!

Peter Hahne, wurde als Redakteur und langjähriger Moderator der ZDF-Hauptnachrichtensendung „heute“, des „heute journals“ und des Politmagazins „Berlin direkt“ sowie als Gastgeber seiner Talkshow „Peter Hahne“ bekannt. Er war Vizechef des Hauptstadtstudios und führte die „ZDF-Sommerinterviews“. Der bekennende Christ, 1952 in Minden geboren, engagierte sich 18 Jahre als Ratsmitglied der EKD. Zudem hat er sich als Kolumnist der Bild am Sonntag und Autor zahlreicher Bücher mit Millionenauflage einen Namen gemacht – darunter „Finger weg von unserem Bargeld. Wie wir immer weiter entmündigt werden“ (2016). Auch „Schluß mit euren ewigen Mogelpackungen. Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen“ (2018) und sein neues Buch „Seid ihr noch ganz bei Trost! Schluß mit Sprachpolizei und Bürokratie-Terror“ (2020) rangierten monatelang in den Top-Ten der Bestsellerlisten.

Wo kommst du Heer, wo gehst du hin?

**Bundeswehr: Zwei Fachmänner attestieren der Truppe erheblichen Verbesserungsbedarf / Ministerin steckt im Beschaffungssumpf
Peter Möller / Christian Vollradt**

Seit bald dreißig Jahren gilt in der Bundeswehr: Nach der Reform ist vor der Reform. Beim Umbau der für die Landesverteidigung aufgestellten Streitkräfte zu einer weltweit einsetzbaren Truppe blieb kaum ein Stein auf dem anderen. Daß dabei nicht alles zum Besseren reformiert wurde, dokumentiert kaum eine Zahl besser als das Zahlenverhältnis von Soldaten zu den obersten militärischen Führern: Während die Truppenstärke sich seit der Zeit des Kalten Krieges auf derzeit knapp 180.000

Soldaten mehr als halbiert hat, stieg die Zahl der Generäle und Admiräle von 193 auf 211.

Hinzu kommt, daß die Bundeswehr mittlerweile als Reaktion auf die veränderte sicherheitspolitische Lage nach der Annexion der Krim durch Rußland 2014 zum ersten Mal in ihrer Geschichte sowohl für die Landes- und Bündnisverteidigung als auch für Auslandseinsätze gewappnet sein muß. Auch wenn dafür das erste Mal seit den großen Sparrunden nach dem Ende des Kalten Krieges ein wachsender Verteidigungsetat zur Verfügung steht, der seit 2014 von 32,4 Milliarden auf 45,6 Milliarden Euro gestiegen ist, läuft die Bundeswehr seit Jahren im Krisenmodus und reißen Meldungen über mangelhafte Ausrüstung und Personalsorgen nicht ab.

Einen Ausweg aus dieser Dauerkrise wollen jetzt der ehemalige Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr, Rainer Glatz, und der Mitte des Jahres unfreiwillig aus dem Amt geschiedene Wehrbeauftragte und SPD-Verteidigungsexperte Hans-Peter Bartels präsentieren. Ende vergangener Woche veröffentlichten die beiden eine im Auftrag der Stiftung Wissenschaft und Politik erstellte Studie mit dem Titel „Welche Reform die Bundeswehr heute braucht – Ein Denkanstoß.“ Denn die grundlegende Veränderung in Lage und Auftrag der Bundeswehr erfordere nun auch zwingend Strukturreformen: „Dabei können zugleich Fehler und Fehlentwicklungen der Vergangenheit korrigiert werden“, heißt es in der Studie, mit der die beiden Veränderungen anstoßen wollen, ohne die Armee erneut in eine Dauerbaustelle zu verwandeln.

Wie groß der Handlungsbedarf ist, zeigen Glatz und Bartels mit Verweis auf den Bericht zur Einsatzbereitschaft des Großgerätes: „Ein Hubschrauber etwa liegt da 134 Monate hinter dem ursprünglichen Zeitplan zurück und wird 1,3 Milliarden Euro teurer als veranschlagt. Ein neuer Panzer ist nach Darstellung der ministeriellen Rüstungsberichterstatte 57 Monate im Verzug und wird 1,4 Milliarden Euro teurer.“

Um diese Mißstände abzubauen, wollen der General und der Politiker an wenigen, aber entscheidenden Stellschrauben drehen. Ein zentraler Punkt ist dabei die Forderung, den 2012 vom damaligen Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) aufgelösten Planungsstab wieder aufleben zu lassen. Dieses 1969 von de Maizières Amtsvorgänger Helmut Schmidt (SPD) geschaffene Gremium war zu je einem Drittel mit Soldaten, zivilen Angehörigen der Bundeswehr und zivilen Fachexperten von außerhalb besetzt und ist nach Ansicht von Glatz „für die Beratung eines Ministers oder einer Ministerin zwingend erforderlich“.

In der Studie heißt es zur Bedeutung des Stabes: „Alle Leitungsvorlagen gingen auf dem Dienstweg über den Planungsstab, um einen ganzheitlichen Ansatz für die Führung der Bundeswehr (und die politische Verträglichkeit für den Minister) sicherzustellen. Darüber hinaus hatte er auch Aufgaben der politischen Verbindung mit anderen Ressorts. In der modernen Managementlehre hätte man ihn als ein strategisches Unterstützungselement mit Controlling-Aufgaben bezeichnen können.“

Daneben schlagen Bartels und Glatz vor, die Rolle des Generalinspektors zu stärken. Da der Generalinspekteur selbst der Leitung des Verteidigungsministeriums angehöre, sei es beispielsweise unnötig, daß wie bisher ein beamteter Staatssekretär zwischen dem Generalinspekteur und der Ministerin stehe. „Zu prüfen wäre, ob dem Generalinspekteur eine Art ‘Chef des Stabes’ zugeordnet wird, der mit einem leistungsfähigen Unterbau die militärischen Abteilungen steuert, die Zusammenarbeit mit den zivilen Abteilungen koordiniert und die grundsätzlichen Weisungen/Befehle des Generalinspektors an dessen nachgeordneten militärischen Bereich innerhalb und außerhalb des Ministeriums umsetzt“, schlagen die Autoren weiter vor.

Noch wichtiger erscheint indes der Vorstoß zur Reform des 2011 geschaffenen Bundesamts für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) in Koblenz. Dessen mehr als 10.000 Mitarbeiter sind dafür zuständig, Rüstungsgüter zu beschaffen und instand zu halten sowie die dafür benötigten Ersatzteile zu beschaffen – mit dürftigem Erfolg wie der Auszug aus dem Bericht zur Einsatzbereitschaft des Großgerätes zeigt. Daher schlagen Bartels und Glatz vor, die Verantwortung für die Nutzung der Waffensysteme wieder den Inspektoren der Teilstreitkräfte zu übertragen. Ein Vorschlag, der in der Truppe, die besser und schneller als das Bundesamt in Koblenz weiß, wo bei der Ersatzteilversorgung der Schuh drückt, auf breite Zustimmung stößt. Handlungsbedarf sehen die beiden Autoren der Studie zudem in der Kopflastigkeit der Bundeswehr, die ihren Ausdruck in einer wachsenden Zahl von Stäben findet, sowie in der Straffung der zivilen Wehrverwaltung.

Die als Denkanstoß gedachte Studie der beiden ausgewiesenen Bundeswehr-Experten dürfte ihre Wirkung nicht verfehlen. Anders als die grundlegenden Reformkonzepte der vergangenen Jahrzehnte setzt sie bei einigen der wichtigsten organisatorischen Schwachstellen der Armee an, die als solche teilweise bereits seit Jahren von der Truppe als Problem identifiziert und beklagt werden. Es spricht daher einiges dafür, daß diese Reform der Bundeswehr guttun würde. Sogar der Begriff selbst könnte so rehabilitiert werden.

Denn, so schreiben Generalleutnant a. D. Glatz und der frühere Wehrbeauftragte des Bundestags zu Beginn ihres Papiers, das Wort Reform sei in der Bundeswehr geradezu verbrannt. „Im Bewußtsein vieler altgedienter Soldatinnen und Soldaten verbinden sich mit den diversen Reformen nach 1990 vor allem Stichworte wie Schrumpfen, Auflösen und Umstationieren, permanent wechselnde Führungsstrukturen, Frühpensionierungsprogramme, Finanznot und materieller Mangel.“

Daher kommen die Vorstöße der beiden für die Verteidigungsministerin einerseits passend – und irgendwie doch zur Unzeit. Denn Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) mußte sich dieser Tage im Verteidigungsausschuß des Bundestages gerade erst wieder für die Folgen des Mißmanagements in Sachen Material rechtfertigen.

Nachdem Ende September schon das Vergabeverfahren im dringend benötigten Projekt „Schwerer Transporthubschrauber“ gestoppt werden mußte, weil Finanzrahmen, Anforderungskatalog und Realisierungsdatum nicht in Einklang zu bringen waren, folgte einen Monat später der – noch peinlichere – Stopp des Vergabeverfahrens zur Nachfolge des Sturmgewehrs G36. Grund sind Patentstreitigkeiten zwischen der zunächst überraschend als Sieger aus dem Rennen hervorgegangenen thüringischen Waffenschmiede C.G. Haenel sowie dem schwäbischen Rüstungsunternehmen Heckler & Koch, bei dem die Bundeswehr bisher Stammkunde war. Gegen den Haenel-Zuschlag war H&K gerichtlich vorgegangen – mit Erfolg. Ohnehin soll qualitativ das schwäbische Produkt die Nase vorn haben, nur im Preis waren die Thüringer attraktiver.

Mit Aufklärung konnte die Ministerin im geheim tagenden Ausschuß nicht groß dienen. Für die Antworten auf wesentliche Fragen war die Zeit ohnehin zu knapp. Die Zustände im dafür verantwortlichen BAaINBw bleiben zum Haareraufen – und wie von Glatz und Bartels konstatiert dringend reformbedürftig.

„Kampf gegen Rechts“ lenkt von Mißständen ab

Weil es also an solch maßgeblichen Stellen nicht läuft, müssen für die Ministerin an anderer Stelle Erfolge her, die sich öffentlichkeitswirksam gut vermarkten lassen. Zum Beispiel der „Kampf gegen Rechts“. Hier war und ist noch besonders die Eliteeinheit Kommando Spezialkräfte (KSK) im Visier. Dort habe es bei den Reformen Fortschritte gegeben, verkündete Kramp-Karrenbauer in einem Videostatement. Im Sommer hatte, koordiniert von Generalinspekteur Eberhard Zorn, eine eigens errichtete „Arbeitsgruppe KSK“ ein 60 Maßnahmen umfassendes Reformpaket erstellt (JF 29/20). Außerdem war eine der vier Kommandokompanien aufgelöst und deren Soldaten quasi zur Bewährung auf andere Posten gesetzt worden. Zorns nun vorgestellter Zwischenbericht zeige, daß das Verteidigungsministerium die Weichen richtig gestellt habe. „Die Mauer des Schweigens bröckelt“, meinte Kramp-Karrenbauer. Es gebe inzwischen 41 verwertbare Zeugenaussagen, die zu neuen Untersuchungen wegen des Verdachts auf Extremismus geführt hätten. Daher stehe, so die Ministerin, die Einheit noch bis Mitte 2021 „auf dem Prüfstand“.

Unterdessen hat die größte Oppositionsfraktion im Bundestag vergangene Woche eine kritische Bestandsaufnahme zum Zustand der Truppe vorgestellt. Titel des wie eine Fernseh-Dokumentation aufgemachten AfD-Films: „Die Bundeswehr-Misere: Warum Deutschland sich nicht mehr verteidigen kann“. Drei Großbaustellen machen die Verteidigungspolitiker um ihren Sprecher Rüdiger Lucassen aus: Fehlende materielle Einsatzbereitschaft, Personalmangel und eine um sich greifende Demoralisierung der Truppe.

Zu Wort kommt auch der von Kramp-Karrenbauers Vorgängerin Ursula von der Leyen (CDU) unter unwürdigen Umständen 2017 als Chef des Ausbildungskommandos des Heeres geschäßte Generalmajor a.D. Walter Spindler. Er plädiert unter anderem dafür,

über verschiedene Möglichkeiten einer Wiedereinführung der ausgesetzten Wehrpflicht nachzudenken. Man könne sich außer einem Wehrdienst wie früher auch ein Auswahl-Wehrdienst oder ein Milizsystem vorstellen. Vor allem „müßte man damit eine Reserve bilden“, forderte Spindler.

Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik: www.swp-berlin.org

Verurteilt und dann doch freigelassen

Österreich: Nach dem islamistischen Terroranschlag liegt das Land in Schockstarre

Curd-Torsten Weick

Noch am vergangenen Donnerstag verurteilte Österreichs Kanzler Sebastian Kurz via Twitter den islamistischen Terroranschlag in einer Kirche in Nizza sowie die anderen Angriffe. „In diesen schwierigen Stunden sind meine Gedanken bei den Familien und Freunden der Opfer“, erklärte der ÖVP-Chef – ohne im entferntesten daran zu denken, daß er nur fünf Tage später ähnliche Worte gegenüber seinen Landsleuten finden mußte.

„Wir werden Täter, Hintermänner und deren Gleichgesinnte ausforschen, jagen und ihrer gerechten Strafe zuführen. Wir werden alle, die etwas mit dieser Schandtät zu tun haben, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verfolgen“, betonte Kurz nach dem islamistischen Terroranschlag, bei dem am Montag abend in der Wiener Innenstadt vier Menschen und der mutmaßliche Täter starben.

Insgesamt wurden 23 Opfer in mehreren Spitälern behandelt – vorwiegend mit Schuß-, aber auch mit Schnittverletzungen, sagte eine Sprecherin des Gesundheitsverbands gegenüber der Nachrichtenagentur apa. Insgesamt sieben Personen befanden sich in lebensbedrohlichem Zustand.

FPÖ: „Davor haben wir immer gewarnt“

Dienstag früh präsentierte dann Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) den von der Polizei erschossenen Attentäter: Es handelt sich um Fejzulai Kujtim. Laut Nehammer hat der 20jährige nordmazedonische Wurzeln und war aufgrund der Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ vorbestraft. Der Anhänger der Terror-Miliz „Islamischer Staat“ sei am 25. April 2019 zu 22 Monaten Haft verurteilt worden, weil er versucht hatte, nach Syrien auszureisen, um sich dort dem IS anzuschließen. Am 5. Dezember sei er dann aber „vorzeitig bedingt“ entlassen worden. Kujtim, der neben der österreichischen auch die nordmazedonische Staatsbürgerschaft besaß, galt plötzlich als junger Erwachsener und fiel damit unter die „Privilegien des Jugendgerichtsgesetzes“.

Im Lauf des Dienstags fanden umfangreiche Großrazzien im Umfeld des Täters statt. Laut apa wurden 15 Hausdurchsuchungen vorgenommen und mehrere Personen festgenommen.

Während Kurz anschließend beschwor, daß dies „keine Auseinandersetzung zwischen Christen und Muslimen oder zwischen Österreichern und Migranten“ sei, forderte die FPÖ-Spitze Norbert Hofer/Herbert Kickl eine „klare Strategie, wie der Ungeist, der hinter solchen Terroranschlägen steckt, in Österreich bekämpft und besiegt werden“ könne. „Denn die islamistische Gefahr ist die größte Gefahr für die Freiheit und die Sicherheit in Österreich. Davor haben wir immer gewarnt – und das hat sich in der vergangenen Nacht auf grausame Weise bestätigt“, so die FPÖ-Politiker.